Zum Objekt degradiert

Die Venezolaner haben seit 1999 versucht, ihre eigene Geschichte selbst zu gestalten. Nach den Sanktionen der USA und vielen Fehlern der Regierung wurde mit der Entführung von Präsident Nicolás Maduro am 3. Januar dieses Jahres endgültig klar: Das Land ist wieder zurück im Hinterhof der USA. Zwei aktuelle Bücher stellen die Situation in einen größeren historischen Rahmen.

HELGE BUTTKEREIT, 3. November 2026, 0 Kommentare, PDF

Gegen zwei Uhr in der Nacht waren am 3. Januar in Caracas die ersten Bomben zu hören. Die Journalistin Jessica dos Santos hörte einen ohrenbetäubenden Knall und dachte zunächst an ein Erdbeben oder Silvesterraketen. Als immer mehr Raketen einschlugen, war nicht nur dos Santos klar: Sie bombardieren uns. Die USA hatten in den Tagen und Wochen zuvor immer mehr Drohungen ausgesprochen und Boote vor der Küste attackiert, jetzt griffen sie an. Im Südwesten der venezolanischen Hauptstadt, unweit der Festung Fort Tiuna, flogen mindestens elf Hubschrauber zum Militärstützpunkt, das von vielen zivilen Gebäuden eingerahmt wird. Lautes Pfeifen war zu hören, dann eine Explosion. Die Bewohner einer Hochhaussiedlung verließen ihre Wohnungen in Panik. Sie waren kaum angezogen. Caracas war dunkel, der Strom war weg, ein Cyberangriff hatte die Stromversorgung lahmgelegt.

Die USA drangen mit Tarnkappenflugzeugen, Bombern, Hubschraubern und Drohnen ein. Die russischen Verteidigungssysteme und das chinesische Radar, mit dem Luftangriffe erkannt werden sollten, waren durch elektromagnetische Wellen außer Gefecht gesetzt worden. Die USA wollten Venezuelas Präsidenten Nicolás Maduro entführen, selbst sprachen sie von einer „Festnahme“. Das gelang. Als Vizepräsidentin Delcy Rodríguez in den Medien von den USA ein Lebenszeichen des Präsidenten und seiner Frau Cilia Flores forderte, war den Venezolanern klar: Die erste direkte Militärintervention der USA in ein lateinamerikanisches Land nach mehr als drei Jahrzehnten war aus Sicht des Aggressors erfolgreich. Der letzte direkte Eingriff der USA in einen souveränen lateinamerikanischen Staat war zuvor die Invasion in Panama im Dezember 1989. Am 3. Januar 1990, auf den Tag genau 36 Jahre vor der Entführung Maduros, ergab sich der Machthaber Manuel Noriega und wurde später in den USA verurteilt.

Der Fall Panama und Noriega ist dabei nur ein Beispiel für unzählige Interventionen – bewaffnete, politische, geheimdienstliche oder auch wirtschaftliche – der USA in Lateinamerika. Davon berichten zwei aktuelle Bücher, die anlässlich der aktuellen Eskalation um Venezuela in den vergangenen Wochen erschienen sind. Sie stellen die Ereignisse des 3. Januar, ihre konkrete Vorgeschichte wie die Folgen, in einen größeren Zusammenhang. In diesem ist Lateinamerika, der Teilkontinent von Mexiko in Zentralamerika bis Feuerland an der Südspitze, größtenteils Objekt auswärtiger Mächte. Die Macht lag in der Hand der Spanier, der Portugiesen und anderer Europäer sowie seit Anfang des 19. Jahrhunderts in der der USA. Nach der Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Staaten und der Konsolidierung des Territoriums in Nordamerika Anfang des 19. Jahrhunderts spielt die Monroe-Doktrin aus dem Jahr 1823 eine bedeutende Rolle. Sie nimmt auch in den genannten Büchern und in den Analysen breiten Raum ein. Diese Bücher und damit die Interventionsgeschichte Lateinamerikas sollen gleich vorgestellt werden, wobei der Fokus schon aus aktuellem Anlass auf Venezuela gerichtet bleibt.

Ein selbstbewusstes Land

Zunächst noch einmal zurück zum Anfang dieses Jahres. Die knappe Schilderung der Ereignisse vom 3. Januar zeugt davon, dass Venezuela und den Venezolanern das Heft des Handelns aus der Hand genommen wurde. Das Land wurde wieder zum Objekt der Geschichte, zu einer Art Protektorat der USA. Präsident Donald Trump will Venezuela regieren und bestimmen, wie sein Öl- und Rohstoffreichtum ausgebeutet wird. Trump hat den traditionellen Hinterhof der USA wiederentdeckt und eines der drei Länder gewaltsam an sich gebunden, die zuvor als größte Widersacher galten: Venezuela, Nicaragua und Kuba.

Venezuela ist so mindestens kurz-, mittel-, aber vermutlich auch langfristig mit dem Versuch gescheitert, eine eigenständige, souveräne und selbstbewusste Politik in der multipolaren Welt der Gegenwart zu entwickeln, neue geopolitische Bündnisse mit China und Russland zu schließen und in der Region alternative Zusammenschlüsse gegen den Neoliberalismus und den Interventionismus der USA zu etablieren. Und auch die Venezolaner, deren Mitwirkung an der Politik in der Verfassung des Jahres 2000 nicht nur hervorgehoben wurde, sondern die selbst zu Akteuren der Geschichte werden sollten, wovon der Begriff des „Protagonismus“ (1) zeugte, sind damit wieder zu Objekten fremder Mächte degradiert worden. Wobei die aktive Partizipation an der Politik, die insbesondere zur Zeit der Präsidentschaft von Hugo Chávez (1999-2013) ihren Höhepunkt erreicht hatte, schon zuvor stark zurückgedrängt und vom Klientelismus einer ins autoritäre driftenden Regierung überlagert wurde.

Der venezolanische Versuch, zum Akteur, zum Subjekt der eigenen Geschichte zu werden, begann 1989 mit dem Aufstand gegen die neoliberale Politik des damaligen (sozialdemokratischen) Präsidenten Carlos Andrés Pérez und führte über einen gescheiterten Putsch von Offizieren unter der Führung von Hugo Chávez 1992 zu dessen Wahlsieg im Jahr 1998 und der Präsidentschaft ab 1999. Meilensteine waren die bereits erwähnte partizipative und protagonistische Verfassung, die Abwehr eines von den USA unterstützten politischen und später eines ökonomischen Putsches und dem Aufbau von Sozialprogrammen, bei denen die verarmten, marginalisierten Menschen in den Armenvierteln selbst aktiv wurden.

Gestützt wurde die Politik durch den Ölreichtum des Landes, einen (zunächst) hohen Ölpreis, die Verstaatlichung des Öls und die Verdrängung US-amerikanischen Einflusses auf allen Ebenen. Venezuela verbündete sich mit Kuba, Russland und China, aber auch mit dem Iran, und schuf neue gegen die USA gerichtete Zusammenschlüsse in Lateinamerika. Präsident Chávez (und zunächst auch Maduro als sein Nachfolger) gewannen (fast) alle Wahlen.

Nach Chávez' Tod und dem Fall der Rohstoffpreise, verbunden mit immer stärkeren Sanktionen der USA gegen das Land, wurde Venezuela immer stärker von anderen Einflüssen abhängig, konnte meist nur reagieren und war stark von chinesischen Ölkäufen abhängig. Mit der Entführung von Maduro verlor am Ende auch die Regierung ihre Eigenständigkeit und wurde zum Objekt.

Nun ist die venezolanische Regierung von Washington abhängig. Allerdings gab es bereits im Januar Berichte darüber, dass die Interimspräsidentin und vorherige Vizepräsidentin Rodríguez gemeinsam mit ihrem Bruder, dem Parlamentspräsidenten, vor den Ereignissen vom 3. Januar in Kontakt mit den USA standen. Präsident Trump bestätigte, dass es mehrere Gespräche gegeben habe, die venezolanische Regierung dementierte. Die Entführung Maduros hat aber offenbar deshalb aus Sicht der USA reibungslos geklappt, weil durch eine Quelle innerhalb der venezolanischen Regierung die Gewohnheiten des Präsidenten bekannt waren. Die CIA war laut mehreren Medienberichten zudem mit einer kleinen Gruppe vor Ort. Außerdem konnte durch die Informationen das Wohnhaus Maduros nachgebaut werden, mit dem die Einsatzkräfte die „Operation" vorab trainieren konnten. Der Verrat aus dem eigenen Lager, ob von Rodríguez oder von anderen, war für die praktische Umsetzung des Sturzes des venezolanischen Präsidenten also essenziell.

Abgrenzung von Europa und Interventionismus

Die Geschichte der Abhängigkeit Lateinamerikas von den USA ist eng mit der Monroe-Doktrin aus dem Jahr 1823 verknüpft. Stefan Rinkes aktuelles Buch zum Thema heißt dann auch „Von Monroe zu Trump". Er zeichnet darin die vergangenen 200 Jahre nach, in denen Lateinamerika von den USA als Hinterhof verstanden wurde und versucht hat, sich auf unterschiedliche Weise zu emanzipieren. Nun ist es doch wieder „Zurück in den Hinterhof" geschickt worden, wie das zweite aktuelle Buch zum Thema des Politikwissenschaftlers und Journalisten Tobias Lambert überschrieben ist. Rinkes Buch ist dabei stärker auf die historische Entwicklung fokussiert, Lambert legt seinen Schwerpunkt auf die Ereignisse der vergangenen Jahre und die Gegenwart.

Die Geschichte der Beziehungen Lateinamerikas und der USA ist älter als die Monroe-Doktrin, zumal es durch die spanischen Besitzungen auf dem heutigen Territorium der Vereinigten Staaten Anknüpfungspunkte gab. Die Geschichte des US-Interventionismus beginnt indes 1823 mit der Abgrenzung von US-Präsident James Monroe von Europa und ausgerechnet mit der Abwehr der Einmischung von europäischen Mächten. Gegen diese wandte sich der Präsident mit seinen Worten, die später zur Monroe-Doktrin wurden. „Für die neu anerkannten Republiken Lateinamerikas sollte gelten, dass jede europäische Einmischung ‚zu dem Zwecke, sie zu unterdrücken, oder in irgendeiner Weise ihr Schicksal zu bestimmen', nur ‚als Kundgebung eines unfreundlichen Verhaltens gegenüber den Vereinigten Staaten' verstanden werden könne." (Rinke, S. 23) Einmischen durfte sich aus Sicht der USA nur die USA. Monroe formulierte das zunächst noch eher defensiv, hellsichtige Zeitgenossen wie der „Befreier" (Libertador) Südamerikas, Simón Bolívar, erkannten die möglichen Folgen aber bereits schnell. Er schrieb 1829, dass es „den Vereinigten Staaten von der Vorhersehung vorbestimmt sei, Amerika im Namen der Freiheit mit Qualen zu peinigen".

Letztlich ist in der Gegenüberstellung von Monroe und Bolívar bereits der Kern dessen zu erkennen, was sich in den folgenden 200 Jahren bis heute durch die Geschichte der Beziehungen zwischen den USA und Lateinamerika ziehen sollte. Und es kommt nicht von ungefähr, dass Hugo Chávez seine Emanzipationsbewegung für Venezuela („Bolivarische Revolution") und Lateinamerika („Bolivarische Allianz für Lateinamerika" – ALBA) auch namentlich an Bolívar anlehnte. Dieser hatte schon den Begriff der Vorhersehung verwendet. Die Vorstellung von der „Manifest

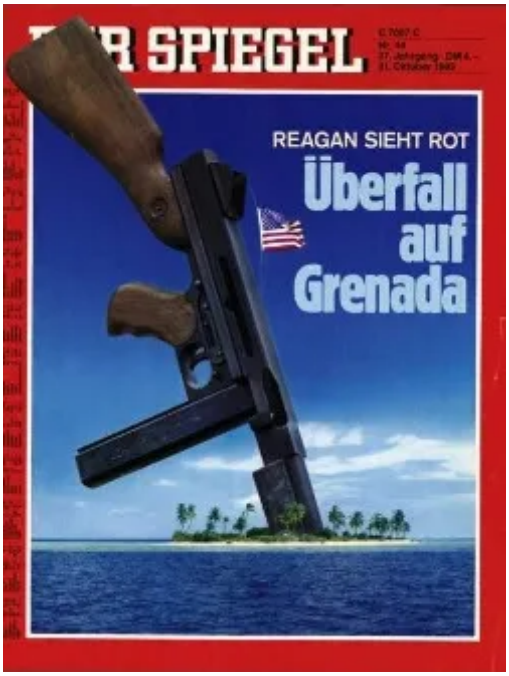
Destiny“, der Vorbestimmung der USA, entwickelte sich im 19. Jahrhundert zu einem säkularen Messianismus. „Die Ausbreitung von Fortschritt und Zivilisation wurde als Auftrag gedeutet, der Opfer notwendig machte.“ (Rinke, S. 26). In dieser Ideologie steckte bereits eine Interventionslogik, stellt Rinke fest. Und diese wurde in der Folge immer wieder manifest. Die Expansion der USA wurde dabei ideologisch als Abwehr europäischer Einmischung präsentiert, als Verteidigung der eigenen Republik und ihrer überlegenen Werte. Auf diese Hybris wird zurückzukommen sein.

Die USA griffen im 19. Jahrhundert auf verschiedene Weise in die Souveränität der Staaten Lateinamerikas ein. Sie beteiligten sich an formellen Kriegen, stifteten lokale Revolten an, drohten auf verschiedene Weise mit Gewalt, setzten Schutzansprüche durch oder knüpften die Souveränität anderer an Bedingungen. (Rinke, S. 39) Die USA kämpften gegen Spanien und errichteten Protektorate in Kuba, Puerto Rico und im heutigen Panama. In Venezuela führten sich die USA 1902 als Schiedsrichter auf und vermittelten in einem Schuldenstreit mit Großbritannien, Deutschland und Italien. Eine europäische Expansion wollte man nicht dulden. Venezuela war auch damals nur ein Objekt, an dem die USA ihren Anspruch durchsetzten. Das Eingreifen und die Vermittlung durch den übermächtigen nördlichen Nachbarn – übrigens zuungunsten Venezuelas – machten deutlich: Die USA würden künftig jeglicher europäischer Intervention den Riegel vorschieben. Präsident Theodore Roosevelt ergänzte zwei Jahre später die Monroe-Doktrin. Demnach hätten die USA „das Recht und im Zweifel die Pflicht, als Polizeimacht zu intervenieren, wenn in lateinamerikanischen Staaten ‚chronisches Fehlverhalten‘ vorherrsche.“ (Rinke, S. 59)

„Sicherheit“ statt Demokratie

Am Anfang des 20. Jahrhunderts hatten sich die USA in der Karibik festgesetzt. „Ordnung bedeutete dabei selten demokratische Selbstbestimmung. Sie bedeutete Stabilität für Handel, Sicherheit für Interventionen und Seewege sowie das Ausschalten von Rivalen.“ (Rinke, S. 63) Nach dem Ersten Weltkrieg gab es in verschiedenen Ländern Widerstand gegen die imperiale Übermacht, wobei schon zu dieser Zeit, kurz nach der Russischen Revolution, Sozialismus und Kommunismus an Einfluss gewannen. Zudem wurde das Erdöl wichtiger, insbesondere in Mexiko und Venezuela. Immer wieder wurde der Zugriff auf die Rohstoffe Ausgangspunkt für die Konflikte mit den Vereinigten Staaten, so beispielsweise 1938, als Mexiko die Erdölindustrie verstaatlichte, oder zehn Jahre später in Venezuela, als der erste demokratisch gewählte Präsident des Landes, Rómulo Gallegos, ausländische Ölgesellschaften mit einer fünfzigprozentigen Steuer belegte. Die USA waren zwar nicht direkt involviert in den Militärputsch des Jahres 1948, profitierten dann aber in der Folge von der Erdölpolitik des Diktators Marcos Pérez Jiménez.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wollten die USA im Kalten Krieg ihre Hemisphäre absichern. „Das bedeutete nicht automatisch militärische Eingriffe, aber es bedeutete die Setzung von Regeln und Institutionen.“ (Rinke, S. 94) Eine davon war die Organisation Amerikanischer Staaten, in deren Charta die Gedanken der kollektiven Sicherheit auf Formen der Intervention ausgedehnt waren. Jegliche totalitäte Doktrin sei unvereinbar mit der amerikanischen Freiheit, hieß es dort (Rinke, S. 95). Die kubanische Revolution 1959 war damit ein fundamentaler Angriff auf dieses Prinzip, da es den Revolutionären um Fidel Castro und Che Guevara gelang, die USA aus dem Land zu werfen – mit Ausnahme des Stützpunkts Guantánamo, den sich die USA bereits früher gesichert hatten.



Angesichts der „kommunistischen Gefahr“ im Kalten Krieg, wurde aus dem Norden immer wieder dort in Lateinamerika interveniert, wo neue linke Regierungen die Macht übernahmen: in Guatemala 1954, in Chile 1973 oder in Grenada 1983 (links ein SPIEGEL-Cover aus jenem Jahr). Immer wieder wurden Diktaturen unterstützt. Das „wurde als notwendig für den Schutz der eigenen Interessen rationalisiert, obwohl sie im krassen Widerspruch zu den Bekenntnissen der Nachkriegszeit zur Demokratie stand“. (Rinke. S. 95) Den Lateinamerikanern war klar: Am Ende interessierten nur die Machtinteressen der USA (Rinke, S. 97).

Wenn Rinke weiterhin schreibt, dass die USA moralische Prinzipien für strategische Vorteile zu opfern bereit waren (S. 108), dann stellt er sich nicht konsequenterweise die Frage, ob vielleicht die moralischen Prinzipien nur Fassade sind. Denn die USA verstießen und verstoßen so regelmäßig gegen die eigene Ideologie, demokratisches Vorbild für die Welt zu sein und halten internationale Normen und Gerichte nur dann ein, wenn sie ihren Interessen entsprechen. Davon zeugt die Geschichte des Interventionismus in Lateinamerika bis heute und dies lässt den Schluss zu, dass die Vereinigten Staaten als imperiale Macht nur ein instrumentelles Verhältnis zu diesen Werten haben.

Schließlich hat auch die Demokratie „Made in USA“ mit der eigentlichen Zivilisationsidee der Demokratie nicht viel zu tun. Denn bei der Regierungsform der repräsentativen Demokratie beschränkt sich laut Rainer Mausfeld die Beteiligung des Volkes „auf die Wahl zwischen vorgegebenen Elitegruppierungen“. Das irrationale Volk werde vor sich selbst geschützt. (2) Allerdings hätten die Verfassungsväter der USA übersehen, so Mausfeld weiter, „dass dieses Modell keinen Schutz gegen plutokratische Einflüsse bot. Die gesellschaftszerstörerischen Folgen dieses Modells der ‚repräsentativen Demokratie‘ haben sich seitdem in einer selbstverstärkenden Dynamik massiv beschleunigt und treten in der Gegenwart immer dramatischer auf.“ (3)

Diese Folgen sind in der aktuellen Politik der USA deutlich sichtbar und das bei weitem nicht nur in der Präsidentschaft von Donald Trump. Bevor dessen Eskalation des Interventionismus Thema wird, zunächst noch eine knappe Zusammenfassung des Status quo ante. Dabei standen für den Interventionismus „finanzielle und diplomatische Instrumente, gezielte Strafmaßnahmen, institutioneller Druck über regionale Organisationen und die symbolische Aufladung von Demokratie und Menschenrechten“ im Mittelpunkt, schreibt Rinke (S. 126). Die USA stützen dort, wo ihre Gegner an der Macht sind, oppositionelle Kräfte und setzen ihre weltweite Wirtschaftsmacht

über Sanktionen mit massiver Tragweite ein. Dies hat schließlich auch den Versuch der selbstständigen Entwicklung Venezuelas vorerst zum Erliegen gebracht.

In anderen Ländern haben loyale Verbündete die Macht ergriffen. Dies gilt derzeit nach den Präsidenten Nayib Bukele in El Salvador, Daniel Noboa in Ecuador oder Javier Milei in Argentinien seit Kurzem auch für Abelardo de la Espriella in Kolumbien. Diese sollen laut der US-Sicherheitsstrategie aus dem vergangenen Dezember „belohnt und ermutigt“ werden. (Lambert, S. 118) Die Strategie des „Teile und herrsche“ ist ein typisches Prinzip in der Geschichte des Intervenionismus der USA in Lateinamerika. Denn ohne die Bereitschaft lokaler Verbündeter wäre die Herrschaft in den vergangenen 200 Jahren kaum möglich gewesen. Um drei Namen zu nennen: General Augusto Pinochet baute Chile nach dem Sturz Allendes 1973 ganz im Sinne der USA um, Anastasio Somoza García herrschte in Nicaragua ab 1937 als Präsident vor allem mit der von den USA ausgebildeten und aufgebauten Nationalgarde und Rafael Trujillo ab 1930 auf ähnliche Weise in der Dominikanischen Republik. Alle drei waren Diktatoren und unterstützten die US-Politik in Lateinamerika auf unterschiedliche Weise.

Neuer, alter Hinterhof: Das Beispiel Venezuela

Der Versuch einer Emanzipation von den USA ist eng verknüpft mit dem Versuch, eine Freihandelszone im Süden zu errichten. Dagegen wandten sich sowohl US-Gewerkschaften als auch soziale Bewegungen in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern. Während Rinke vor allem auf die (Wirtschafts-)Politik schaut, betrachtet der linke Publizist Tobias Lambert die Entwicklung mit einer Sympathie für die Bewegungen gegen die Globalisierung und die Vorherrschaft des Nordens bzw. Westens. Er, der zuletzt ein ausführliches Buch zur Entwicklung Venezuelas seit der Präsidentschaft von Hugo Chávez geschrieben hat, sympathisiert in seinem Text mit der globalisierungskritischen Bewegung und in Ansätzen mit den Linksregierungen in Venezuela oder Bolivien.

Hugo Chávez wurde ab der Jahrtausendwende zum Gegenspieler der USA, auch weil er die OPEC stärkte und „unter den Stichworten ‚multipolare Welt‘ und ‚Süd-Süd-Kooperation‘ (…) ihre internationalen Beziehungen mittels einer ‚antiimperialistischen Außenpolitik‘“ zu diversifizieren begann. (Lambert, S. 74) Die USA versuchten, auf verschiedene Weise, die Regierung zu stürzen. Warum es für Lambert dabei offen ist, ob es bei dem Putsch im April 2002 eine direkte US-Beteiligung gab (S. 72), ist angesichts der eindeutigen Quellenlage unverständlich. (4) Denn der Interventionismus der USA ist ja schon in den Jahrzehnten zuvor nicht nur mit eigenen Truppen, sondern auch und gerade durch die finanzielle Unterstützung von Oppositionellen wirksam gewesen.

Der Putsch gegen Chávez scheiterte, ebenso einige Jahre später ein Aufstand gegen Evo Morales in Bolivien. In den Zeiten der hohen Ölpreise – das Erdöl wurde weiterhin aus Venezuela in die USA geliefert – blieben die Linksregierungen trotz Widerstands im eigenen Land und aus dem Norden relativ gefestigt. Erst 2015 erklärten die USA – damals unter Barack Obama – Venezuela zur „außergewöhnlichen Bedrohung der nationalen Sicherheit und Außenpolitik der Vereinigten Staaten“ und verhängten Sanktionen gegen venezolanische Politiker. (Lambert, S. 80) Die Sanktionspolitik, die in der Folge jedes Jahr verlängert wurde, verfestigte die Fronten. Im Regierungsapparat in Caracas entstand eine „Alles oder nichts“-Haltung, da die Sanktionierten bei einem Machtwechsel eine Auslieferung in die USA zu befürchten hatten. (ebenda)

Die Sanktionen verstärkten die Probleme der Regierung aufgrund des gesunkenen Ölpreises und der Fehler der Regierung massiv, Millionen Venezolaner verließen aufgrund der prekären Lage das Land. Eine Studie ergab 2019 zudem, dass bis zu dem damaligen Zeitpunkt mehr als 40.000 Todesopfer auf die Sanktionen zurückzuführen

waren. So blieb Venezuela lange Jahre ein Beispiel für die aktuelle Form des Interventionismus per „Soft Power“, den die venezolanische Regierung als illegitime einseitige Zwangsmaßnahme auffasste – wobei sie sich auf die völkerrechtliche Norm der Nichteinmischung berufen konnte. Die USA aber gingen noch weiter und mischten sich über die Anerkennung eines Oppositionspolitikers als (Gegen-)Präsidenten ein – die Machtverhältnisse blieben aber stabil. „Die US-Strategie bestand zunächst darin, die Regierung Maduro mittels Sanktionen finanziell auszutrocknen und die Wirtschaftskrise weiter zu verschärfen. So sollte irgendwann möglicherweise ein Aufstand der Unterschichten und der Militärs provoziert werden.“ (Lambert, S. 88)

Eine gewisse Entspannung zwischen beiden Staaten ergab sich unter der Präsidentschaft Joe Bidens, als die USA nach Beginn des Ukraine-Kriegs mit der venezolanischen Regierung neue Erdölgeschäfte machen wollten. Es wurde sogar zu einem Abkommen zwischen Regierung und Opposition geschlossen, das aber zurückgenommen wurde, auch weil die Oppositionsführerin María Corina Machado im Jahr 2024 nicht zur Präsidentschaftswahl antreten durfte – auch weil sie immer wieder die Sanktionen der USA unterstützte, gar ihre Verschärfung forderte und eine Intervention forderte. Lambert weist darauf hin, dass Machado immer wieder den Dialog und auch internationale Vermittlungsversuche ausschlug. Lambert bezeichnet die Verleihung des Friedensnobelpreises als Farce, insbesondere auch, weil sie den Preis Donald Trump widmete (Lambert, S. 110f.).

Machado macht durch ihr Verhalten deutlich, dass die Opposition Venezuela den USA wieder unterwerfen wollte. Genau das geschah schließlich durch die Intervention im Januar, allerdings ohne dass Machado eine Rolle spielte. Stattdessen unterwarf sich Delcy Rondríguez die vormalige Vizepräsidentin unter Maduro – unter massivem Druck –, den USA und Donald Trump. Das Erdölgesetz wurde geändert, private Investitionen und ausländische Mehrheitsbeteiligungen an Joint Ventures mit dem staatlichen Ölkonzern wurden zugelassen. „Damit demontierte die venezolanische Führung zentrale Punkte der chavistischen Erdölpolitik, die vor allem auf nationaler Souveränität und staatlicher Kontrolle basierte.“ (Lambert, S. 128) Ende August haben sich die USA den direkten Zugriff auf die Ölreserven gesichert, das Weiße Haus sprach von einer Konzession über 100 Jahre. Eine Wiederholung des chavistischen Versuchs, Venezuela und die Venezolaner zum Subjekt der eigenen Geschichte zu machen, soll nachhaltig verhindert werden.

Was im Januar mit der Entführung Maduros begann, wurde also fortgesetzt und die Vorgaben der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA aus dem Dezember 2025 sind damit konsequent umgesetzt worden. Dort ist deutlich benannt, dass in direkter Nachbarschaft nicht weniger als die politische Dominanz anzustreben sei. (Lambert, S. 117) Auch andere lateinamerikanische Staaten haben seit Beginn der zweiten Amtszeit von Trump erleben müssen, wie stark die USA sich in die Innenpolitik und die Wahlen einmischen, zuletzt in Kolumbien, dessen neu gewählter rechter Präsident die Zusammenarbeit mit den USA ausweiten könnte. (Lambert, S. 149)

USA, China, Lateinamerika und die Geopolitik

Die militärische Intervention der USA in Venezuela und die Entführung des Präsidenten kann angesichts der Geschichte der vergangenen 200 Jahre mit Fug und Recht als „Verdichtungsmoment“ beschrieben werden, wie dies Stefan Rinke tut (S. 146). Hier kam ein klassischer militärische Eingriff mit indirekten, selektiven und rechtlich gerahmten Maßnahmen zusammen. Das von Trump definierte Ziel der Vormachtstellung in der westlichen Hemisphäre richtet sich explizit gegen China, dessen Partnerschaften mit lateinamerikanischen Staaten – zu besseren Konditionen als der IWF oder die USA sie anboten – von den USA zunächst unterschätzt wurden.

Zwischen 2014 und 2023 zahlte China beispielsweise dreimal so viel Finanzhilfe an lateinamerikanische Staaten wie die USA (Rinke, S. 133) und wurde in mehreren Ländern zum wichtigsten Handelspartner.

Die Rivalität der USA mit China machte Lateinamerika zu einem geopolitischen Feld, denn durch dessen Präsenz eröffneten sich Staaten wie Venezuela neue Möglichkeiten – auch und gerade aufgrund des „Pragmatismus in den internationalen Beziehungen, der zwischenzeitlich vielversprechende Integrationsprojekte hervorbrachte, die teilweise den Einfluss der USA zurückdrängten“. (Lambert, S. 154) Der Pragmatismus der einen, der lateinamerikanischen, Seite, stieß auf den Pragmatismus der Chinesen. In deren ebenfalls im Dezember 2025 veröffentlichten Lateinamerika-Strategie ist dabei viel mehr von Kooperation die Rede, was die Volksrepublik zu einem verlässlicheren Partner macht, als es die USA sind. Tobias Lambert interpretiert die aggressive Politik Trumps dann auch als die Reaktion eines „Imperiums im relativen Niedergang (…), das sich angesichts einer zunehmend multipolaren Welt ‚seinen‘ Großraum als Einflusssphäre abstecken will“. (S. 155)

Die Venezolaner sind nach Jahren des internen Konflikts zwischen den Machtblöcken im Land und einer schwierigen Versorgungslage erschöpft, wie der ehemalige Vizepräsident unter Chávez und Außenminister unter Maduro, Elías Jaua zusammenfasst. Nennenswerte Verbesserungen scheint es für sie nach dem 3. Januar kaum zu geben. Aus geopolitischer Sicht mag es eine Randnotiz sein, für die Menschen im Land selbst aber wichtig: In der beschriebenen Gemengelage sind die Partizipation und damit auch die Selbstermächtigung endgültig auf der Strecke geblieben und die Venezolaner wieder zum Objekt der Geschichte geworden.

Tobias Lambert: Zurück in den Hinterhof. Die USA und Lateinamerika, Mandelbaum Verlag, 167 Seiten, 21 Euro

Stefan Rinke: Von Monroe zu Trump. Eine kurze Geschichte der US-Interventionen in Lateinamerika, Herder Verlag, 160 Seiten, 18 Euro

***Über den Autor:** Helge Buttkereit, Jahrgang 1976, hat sein Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Journalistik mit einer Arbeit zu „Zensur und Öffentlichkeit in Leipzig 1806-1813“ abgeschlossen. Nach journalistischen Tätigkeiten bei verschiedenen Medien und Buchveröffentlichungen über die Neue Linke in Lateinamerika arbeitet er aktuell in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.*

Anmerkungen

(1) In der Präambel der Verfassung, die nach dem Wahlsieg von Hugo Chávez partizipativ erarbeitet wurde, ist von „sociedad participativa y protagónica“ die Rede, was in der offiziellen deutschen Übersetzung mit „partizipative, ihr Schicksal selbst bestimmtende Gesellschaft“ wiedergegeben wird. In den Artikeln 62 und 70 ist dann mit Bezug auf den Begriff „protagonismo“ von einer „aktiven Rolle“ des Volkes die Rede. Die offizielle deutsche Übersetzung der Verfassung erschien 2005 im Verlag Neue Impulse.

(2) Rainer Mausfeld, Hybris und Nemesis, Neu Isenburg 2023, S. 270

(3) Ebenda S. 272

(4) Vgl. Eva Golinger, Kreuzzug gegen Venezuela. Der Chávez-Code, Frankfurt am Main 2006 und Ingo Niebel, Venezuela not for Sale, Berlin 2006

Weiterer Artikel zum Thema:

- **Venezuela: „Überflüssiges Volk“?** (Helge Buttkereit, 27.1.2025)